Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5585**

19. Wahlperiode 07.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner, Sven-Christian Kindler, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/2111 –

Ein neuer Aufbruch – Für eine deutsch-französische Reformpartnerschaft

A. Problem

Die Antragsteller konstatieren, die Eurokrise habe die Konstruktionsfehler der europäischen Währungsunion offengelegt. Trotz der aktuell wirtschaftlich guten Lage mehrerer EU-Mitgliedstaaten seien Auswirkungen der Krise nach wie vor in Form wachsender Ungleichgewichte sichtbar. Die Antragsteller kritisieren eine verfehlte Krisenpolitik, die es versäumt habe, die Währungsunion für die Zukunft krisenfest zu machen. Dazu bedürfe es gemeinsamen Handelns, der Bereitschaft zu Veränderungen und der Schaffung neuer Perspektiven. Insbesondere eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion sei dringend notwendig, um Stabilität, steigende Investitionen, soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie zu erreichen. Die Antragsteller mahnen, die Zeit bis zur Europawahl im Mai 2019 zu nutzen. Vor allem Deutschland und Frankreich sollten gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament eine starke Reformallianz bilden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/2111 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2018

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Markus Töns
Stellvertretender Vorsitzender

Andreas Jung
Berichterstatter

Christian Petry
Berichterstatter

Norbert Kleinwächter
Berichterstatter

Michael Georg Link (Heilbronn)
Berichterstatter

Andrej Hunko
Berichterstatter

Dr. Franziska Brantner
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung, Christian Petry, Norbert Kleinwächter, Michael Georg Link (Heilbronn), Andrej Hunko und Dr. Franziska Brantner

I. Überweisung

Die Vorlage auf **Drucksache 19/2111** wurde in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestags am 7. Juni 2018 an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Federführung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller halten eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion für dringend erforderlich. Die verbleibende Zeit bis zur Europawahl 2019 müsse genutzt werden. Deutschland und Frankreich sollten dabei gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament eine starke Reformallianz bilden. Konkret fordern die Antragsteller von der Bundesregierung, gemeinsam mit Frankreich folgende Reformvorschläge zu unterbreiten:

– Errichtung eines Zukunftsfonds im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für gemeinsame Investitionen,

– Einrichtung eines Stabilisierungsbudgets möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens zur Finanzierung öffentlicher europäischer Güter, wie eines gemeinsamen Eisenbahnnetzes, eines europäischen Stromnetzes für erneuerbare Energien oder einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur in Europa, gespeist aus gemeinsamen, konjunkturunabhängigen Steuern,

– Errichtung eines Europäischen Währungsfonds als eigenständige EU-Institution unter Kontrolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes,

– Vollendung der Bankenunion,

– Vertiefung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion durch verbindliche Mindeststandards für Grundsicherungssysteme und die Einführung von Mindestlöhnen,

– Stärkung der Demokratie und der Rolle des Europäischen Parlamentes unter Betonung des Umstandes, dass es kein Europa der zwei Geschwindigkeiten in der Frage der Werte gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union und der ökologischen Verantwortung geben könne.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/2111 in seiner 20. Sitzung am 7. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/2111 in seiner 25. Sitzung am 7. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenhaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/2111 in seiner 19. Sitzung am 7. November 2018 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Eine Aussprache fand nicht statt.

Berlin, den 7. November 2018

Andreas Jung
Berichterstatter

Christian Petry
Berichterstatter

Norbert Kleinwächter
Berichterstatter

Michael Georg Link (Heilbronn)
Berichterstatter

Andrej Hunko
Berichterstatter

Dr. Franziska Brantner
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.